

Haushohes Ja zur Modernisierung

SEUZACH Das Alterszentrum im Geeren kann saniert und ausgebaut werden. Mit hoher Stimmbeteiligung nahmen alle zwölf Zweckverbandsgemeinden den 49-Millionen-Kredit an.

Überaus deutlich hat der Souverän des Zweckverbands des Alterszentrums im Geeren in Seuzach (AZiG) gestern Ja zur Erweiterung und Teilsanierung des Alterszentrums gesagt: Den Baukredit von 49,15 Millionen Franken hiessen 85,5 Prozent der 14 472 eingegangenen gültigen Stimmzettel gut. In absoluten Zahlen wurden 12 369 Ja- und 2 103 Nein-Stimmen in die Urne gelegt. Die Stimmbeteiligung lag bei 58,5 Prozent.



«Die deutliche Annahme des Baukredits hat meine Erwartungen übertroffen.»

«Ein Vertrauensbeweis»

Kurt Roth, Präsident der Betriebskommission des AZiG, zeigte sich überwältigt vom klaren Entscheid des Souveräns. «Die deutliche Annahme des Baukredits hat meine Erwartungen übertroffen.» Das gute Ergebnis sei ein Vertrauensbeweis, für welchen er der Stimmbeteiligung danken wolle.

Mit «sehr grosser Freude und Genugtuung» nahm auch der Präsident der Delegiertenversammlung des Zweckverbands, Jürg Allenspach, vom guten Abstimmungsergebnis für das Ausbauprojekt Kenntnis. «Damit findet der lange Planungsweg dieses Vorhabens einen erfolgreichen Abschluss.» Der Entscheid sei eine Wertschätzung für den Einsatz aller Beteiligten, so Allenspach. Geschäftsleitung, Mitarbeitende, Betriebskommission sowie die Delegierten hätten dem Erneuerungsprojekt mit kon-

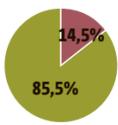
Kurt Roth,
Präsident
Betriebskommission
Zweckverband
Alterszentrum im Geeren

struktiven, teils auch kritischen Überlegungen zum Durchbruch verholfen und so eine kostenbewusste und zweckmässige Lösung ermöglicht. Nun erhalte das AZiG eine konkurrenzfähige Struktur im sich schnell wandelnden Alterssegment des Gesundheitsmarkts. «Das eindeutige Resultat – in derselben Dimension wie schon der Projektkredit – freut mich sehr», sagte gestern auch Urs Müller, Geschäftsführer des AZiG.

DAS RESULTAT

AZiG: Baukredit von 49,15 Mio. Franken zur Erweiterung und Teilsanierung

Ja: 12 369
Nein: 2 103



Stimmbeteiligung 58,5%

Neftenbach obenaus

Sämtliche zwölf Gemeinden haben den Baukredit angenommen. Die höchste Zustimmung erhielt das Projekt jedoch in Neftenbach mit 90,2 Prozent, gefolgt von Rickenbach mit 88,5 Prozent und Wiesendangen mit 86,6 Prozent. Die niedrigste Zustimmung erfolgte in Ellikon an der Thur (60,9

Prozent), das aus geografischen Gründen aus dem Zweckverband austreten will.

Das zweitschlechteste, aber immer noch klar befürwortete Ergebnis hat die Gemeinde Seuzach eingefahren. Dort legten 2434 Stimmberechtigte ein Ja und 508 ein Nein in die Urne, was einer Zustimmung von 82,7 Pro-

zent entspricht. Die höchste Stimmbeteiligung erfolgte mit 68,7 Prozent in Dättlikon.

Umbau ab 2019

Mit der gestrigen Abstimmung geht eine zehnjährige Planungszeit zu Ende. Vorbehaltlich der Baubewilligung durch die Gemeinde Seuzach – das Bausuch-

wurde im Dezember 2017 eingereicht – wird das Alterszentrum ab 2019 für die Dauer von vier Jahren umgebaut. Dabei soll es von 134 auf 174 Altersheim- und Pflegeplätze aufgestockt werden. Zu den bestehenden beiden Gebäuden wird ein neuer, viergeschossiger Trakt mit 78 Zimmern für 104 Bewohner erstellt.

Im Zuge der Teilsanierung der bestehenden Trakte sollen Räume für Therapie und zur Schulung des Personals wie auch ein geschützter Gartenbereich für Demenzzranke entstehen. Das Tagesheim wird ins Erdgeschoss des Traktes A verlegt, in dem sich weiterhin auch der Empfang befindet. Dagmar Appelt



Mit den vorhandenen Plätzen könne das AZiG seinen Bedarf in Zukunft nicht mehr decken, sagen die Verantwortlichen.

Foto: Madeleine Schoder

Hallenbad erhält Auffrischung

BASSERSDORF Um das Hallenbad und die Doppelturnhalle Geeren sanieren zu können, haben die Bassersdorfer einen Kredit von 5,7 Millionen Franken genehmigt. Das Abstimmungsergebnis zeigt: Das Projekt war trotz des hohen Betrags nicht umstritten.

Ab Juli 2019 können das inzwischen 40-jährige Hallenbad und die Doppelturnhalle im Schulhaus Geeren saniert werden. Mit 2910 Ja- und 677 Nein-Stimmen (Stimmbeteiligung: 51,5 Prozent) haben die Bassersdorfer gestern dem Projekt zugestimmt.

Die Sanierung kostet die Gemeinde rund 5,7 Millionen Franken. Mit diesem Geld wird das Hallenbad gleich mehrfach verbessert. Die Wasseraufbereitung inklusive Beckenhydraulik, Pumpen und Steuerung der Anlage wird ersetzt und auf den aktuellen Stand der Technik gebracht. Die Chemieaufbereitung wird durch eine Kochsalzelektrolyseanlage ersetzt, dabei wird auch von Chlor auf Schwefelsäure umgestellt. Zudem wird auch der gesamte Bau verstärkt und erdbebensicher gemacht. Neu wird das Hallenbad auch behindertengerecht ausgebaut.

Abgesehen davon hat man auf weitere technische Ergänzungen aber verzichtet. Der Gemeinderat hat in dem Projekt keine Garde-



Das Hallenbad von Bassersdorf kann saniert werden, gemacht wird dabei aber nur das Nötigste.

Foto: Sibylle Meier

roben vorgesehen, in welchen Schule und Öffentlichkeit getrennt sind. Auch auf ein Chromstahlbecken, neue Schliesskästen, einen Hubboden oder einen Lift in die darüberliegende Turnhalle hat man bei der Planung verzichtet.

Kaum Gegenwind

Das Projekt hat wegen dieses Verzichts auf alles, was nicht unbedingt benötigt wurde, kaum Gegenwind erfahren, wie auch das Abstimmungsergebnis zeigt.

Wäre ein Nein beschlossen worden, hätte es gar keinen konkreten Plan B gegeben. Eine Turnhalle braucht das Schulhaus sowieso, wäre das Projekt abgelehnt worden, hätte die Halle vom Gemeinderat trotzdem als gebundene Ausgabe saniert werden müssen.

Anders beim Hallenbad. Dieses hätte bei einem Nein den Betrieb einstellen müssen und wäre zurückgebaut worden. Für Kinder und Lehrpersonal hätte das vor allem einen erheblichen logistischen Mehraufwand zur Folge

gehabt. Denn der Schwimmunterricht ist im Lehrplan 21 festgeschrieben. Also hätten sämtliche Kinder jeweils in Hallenbädern in Kloten, Dietlikon und Wallisellen transportiert werden müssen, um schwimmen zu lernen. Ob die dortigen Bäder überhaupt die nötigen Kapazitäten dazu haben, wurde indes gar nicht abgeklärt. Der Gemeinderat ging davon aus, dass durch die logistische Herausforderung erhebliche Mehrkosten entstehen würden. Manuel Navarro

Behörden prüfen Einheitsgemeinde

WILDBERG Die Primarschule und die Politische Gemeinde Wildberg müssen innert zwei Jahren eine Vorlage zur Fusion ausarbeiten. Die Stimmbürger sagen klar Ja zur Prüfung einer Einheitsgemeinde.

Mit grosser Mehrheit haben die Stimmberechtigten die Einzelinitiative von Ruth und Andreas Wirth gutgeheissen. 346 sagten Ja zur Vorlage, 82 Personen lehnten sie ab. Dies bei einer Stimmbeteiligung von rund 61 Prozent. Damit haben sich rund 81 Prozent der Stimmberechtigten dafür ausgesprochen, dass die Behörden die Bildung einer Einheitsgemeinde prüfen sollen.

Die Primarschulgemeinde und die Politische Gemeinde müssen somit innert zwei Jahren eine Abstimmungsvorlage ausarbeiten. Dabei sollen sie abklären, wie sich die Bildung einer Einheitsgemeinde auf die Zukunft Wildbergs auswirken würde.

Keine Überraschung

Das klare Ergebnis kommt wenig überraschend. Die Primarschule wie auch die Politische Gemeinde hatten den Stimmbürgern empfohlen, ein Ja in die Urne zu legen. Zudem meldeten sich keine Gegner zu Wort. Im Gegenteil: Insbe-

sondere der Gemeinderat macht sich schon länger für die Bildung einer Einheitsgemeinde stark. Gemeindepräsident Dölf Conrad sagte es mehrfach klar und deutlich: «Wir wollen als Einheit in die Zukunft gehen.»

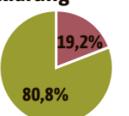
Die Primarschulpflege hat sich hingegen weniger klar geäussert. Vor der Abstimmung betonte Schulpräsident Swen Rüegg, dass die Schule bislang erst die Prüfung einer Einheitsgemeinde befürworte. Erst wenn die Grundlagen für eine Fusion der Schule mit der Politischen Gemeinde erarbeitet seien, werde man alle Vor- und Nachteile abwägen und eine Stellungnahme abgeben.

Auslöser der Debatte um die Einheitsgemeinde ist eine Abstimmung vom Herbst 2016. Damals scheiterte die Fusion der Primarschule Wildberg mit vier Tösstaler Schulgemeinden nur ganz knapp. Rafael Rohner

DAS RESULTAT

Wildberg: Einzelinitiative Abklärung Einheitsgemeinde

Ja: 346
Nein: 82



Stimmbeteiligung 60,7%